

Impressum:
Herausgeber: FPÖ Laakirchen
F.d.l.v.: DI (FH) Jens Baumgartner,
4663 Laakirchen, Köhbrunn
Druck: FPÖ Eigendruck,
Verlags- und Herstellungsort:
Blütenstraße 21, 4041 Linz

Zugestellt durch Post.at, März 2017

FPÖ



Dialog



LAAKIRCHEN

Laakirchen im Dornröschenschlaf Stadtentwicklung muss endlich konsequent umgesetzt werden

Heuer feiern wir in Laakirchen das 10-jährige Jubiläum der Stadterhebung. Doch die Entwicklung eines städtischen Charakters hat nie stattgefunden und sämtliche Ansätze dazu führten zu keinerlei Ergebnissen. Vielmehr stirbt das „Zentrum“ immer weiter aus und in den letzten Jahren sind hunderte Arbeitsplätze verloren gegangen.

Viel zulange hat man mit Begriffen wie Industriestadt oder Papierstadt versucht sich über Wasser zu halten und die Situation zu beschönigen.

Die FPÖ-Laakirchen verweist seit Jahren auf fehlende Zukunftsperspektiven und mangelnde Anstrengungen einer aktiven Wirtschafts- und Zentrumsentwicklung. Die im Wahlkampf 2015 von allen

Parteien versprochene Stadtentwicklung wurde zum Beginn der aktuellen Legislaturperiode auch mit reger Aktivität gelebt. Schnell fanden Gespräche statt und finanzielle Mittel für eine professionelle Stadtplanung wurden im Budget bereits fix eingeplant. Aber das war es dann auch schon. Trotz einiger Nachfragen und Hinweise auf die Dringlichkeit, wurden unsere freiheitlichen Impulse immer wieder heruntergespielt. „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben“ war hier von mehreren SPÖ-Gemeindevertretern als Antwort zu hören.

Damit muss nun Schluss sein!

Laakirchen braucht keine weiteren Ausreden, sondern eine sofortige,



Vizebürgermeister
Jens Baumgartner

aktive und zielgerichtete Stadtentwicklung auf allen Ebenen. Dazu gehört ein umfassendes Verkehrskonzept, die Entwicklung und Aktivierung eines Stadtzentrums mit attraktiven Einrichtungen für ein gemeinsames Miteinander sowie die notwendigen Maßnahmen für Betriebsansiedelungen und damit Arbeitsplätze vor Ort!

Aus dem Inhalt:

- *Rückblick - Neueröffnung Seniorenheim*
- *CETA – FPÖ fordert Volksabstimmung*
- *Steigende Arbeitslosigkeit durch Asyl und Zuwanderung*
- *Diskussion um Stadtfest*
- *Freiheitliche Arbeitnehmer – Vorrang für Inländer*
- *Sozialbetrug*
- *Anstieg der Pflegebedürftigen*



Sprechstunde Vizebürgermeister:

DI (FH) Jens Baumgartner

Jeden 1. Mittwoch im Monat von 17.00-18.30 Uhr.
Im kleinen Sitzungssaal des neuen Rathauses (1.OG) besteht die Möglichkeit zum persönlichen Gespräch und Gedankenaustausch.

Darüber hinaus natürlich auch jederzeit nach Terminvereinbarung unter 0664/8118179 – jens.baumgartner@gmx.at



Rückblick - Neueröffnung Seniorenheim Laakirchen

Nach nur zweijähriger Bauzeit konnte, unter Anwesenheit von Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner, das neue Seniorenheim Laakirchen eröffnet werden.

Man erinnere sich - ursprünglich war ein Zu- und Umbau des Bestandsgebäudes geplant, der von vielen Gemeindevertretern als nicht zielführend angesehen wurde. Nicht zuletzt auch aufgrund der Forderung der FPÖ Laakirchen einen völligen Neubau zu errichten, entstand nach langen Debatten diese Heimstätte. Somit ist eine optimale Versorgung aller Bewohner gesichert und sind auch die bestmöglichen Arbeitsbedingungen für die Bediensteten gewährleistet. Lange wurde dieses Projekt vom politischen Mitbewerber SPÖ abgelehnt und immer wieder zur Diskussion gestellt. Schlussendlich hat sich Vernunft durchgesetzt. Nun ist jeder auf diese gelungene Umsetzung stolz und würde es am liebsten als seine Errungenschaft betrachten.

Dem Bürgermeister a. D. Anton Holzleithner muss an dieser Stelle noch gedankt werden, denn er hatte die oft schwierigen Diskussio-

nen zu leiten und das neue Projekt auf Schiene zu bringen und umzusetzen.

Die FPÖ Laakirchen wünscht Be-

wohnern und Bediensteten viel Freude sowie zahlreiche schöne Stunden in und mit ihrem neuen Seniorenheim!



Wahlergebnis Bundespräsidentenwahl 4. Dezember 2016 in Laakirchen



		Ing. Norbert Hofer		Dr. Alexander Van der Bellen	
		Stimmen	Prozent	Stimmen	Prozent
Sprengel 1	Neues Rathaus	128	34,97	238	65,03
Sprengel 2	LMS	164	46,20	191	53,80
Sprengel 3	LMS	202	44,89	248	55,11
Sprengel 4	HS Nord (NMS)	197	45,92	232	54,08
Sprengel 5	VS Steyrmühl	155	45,32	187	54,68
Sprengel 6	Generationenzentrum	225	51,61	211	48,39
Sprengel 7	KG Reintal	200	47,17	224	52,83
Sprengel 8	Oberweis	202	44,01	257	55,99
Sprengel 9	SVZ Lindach	221	45,66	263	54,34
Sprengel 10	Tagesheimstätte Laakirchen	205	49,04	213	50,96
Sprengel 11	Seniorenheim	16	40,00	24	60,00
Sprengel 12	KG Danzermühl	201	53,17	177	46,63
Gesamt		2116	46,19	2465	53,81

CETA: FPÖ fordert Volksabstimmung



**FPÖ-EU-
Abgeordneter
Franz Obermayr:**

„Das CETA-Abkommen ist eine Gefahr, weil Nahrungsmittel in Kanada teilweise bis zu 40 Prozent günstiger produziert werden können – Produktionsverhältnisse, mit denen europäische Betriebe, von Kleinbetrieben ganz zu schweigen, nicht mithalten können. Und damit, auch ein wesentlicher Punkt, ist CETA eine starke Bedrohung sowohl für die Qualität unserer Produkte, als auch für unsere Landwirtschaft.“

Es darf auch nicht außer Acht gelassen werden, dass tausende amerikanische Konzerne mittels Tochterfirmen in Kanada von diesem Abkommen profitieren, im Gegenzug aber die europäische Wirtschaft belastet wird.“



HC-Strache dazu:

Interessant ist folgender Hintergrund: Da SPÖ-Bundeskanzler Kern im EU-Rat CETA bereits vorher zugestimmt hat – und das trotz massiver Ablehnung der Bevölkerung und seiner eigenen Partei – ist anzunehmen, dass die jetzige ablehnende Hal-

tung der SPÖ-EU-Mandatare nur Teil der roten Doppelstrategie ist, um die Bevölkerung zu täuschen. Schließlich haben sie ja gewusst, dass sie mit ihrem NEIN im EU-Parlament nichts an der Mehrheit für CETA ändern werden. Unterm Strich bleiben das mehrheitliche JA des EU-Parlaments und das JA von Kern im Rat.

Die echte Nagelprobe wird sein, wie sich die SPÖ-Abgeordneten bei der CETA-Abstimmung im österreichischen Parlament verhalten, weil jedes nationale Parlament mit einem NEIN zu CETA das Abkommen noch stoppen kann. Es ist anzunehmen, dass die SPÖ-Abgeordneten bei dieser entscheidenden Abstimmung umfallen und wie Kern selbst es schon gemacht hat zustimmen werden. Die FPÖ wird weiter ohne Wenn und Aber auf allen Ebenen gegen CETA ankämpfen und sich für eine verbindliche Volksabstimmung einsetzen!

Stadtfest nächstes Opfer der Willkommenskultur?

Kosten für Sicherheitsmaßnahmen explodieren!

Nachdem die Asylpolitik der Bundesregierung vollständig gescheitert ist, herrscht nun in ganz Österreich ein riesiges Sicherheitsproblem.

Dies macht auch vor Laakirchen nicht halt. Wie im letzten Jahr sollte auch heuer das Stadtfest wieder erst im Herbst stattfinden. Eine politische Diskussion zu diesem Thema wurde seitens der SPÖ als „Kabarett“ abgetan. Durch den Druck aus der Bevölkerung findet nun doch der Termin heuer wieder am 17. Juni statt!

Jedoch kommt bereits der nächste Querschuss. Die Kosten für den Sicherheitsdienst sowie Umzäunungen steigen von Jahr zu Jahr massiv an. Diese Maßnahmen erzeugen im Grunde aber nur ein zusätzliches Gefühl der Unsicherheit. Alles Auswüchse der potentiellen Bedrohungen bei

Großveranstaltungen. Wir können nun nicht mehr vor Terror sicher sein.

Um diesen Problemen und den damit steigenden Kosten bei den Kulturausgaben zu entkommen, soll nun darüber nachgedacht werden das Stadtfest vielleicht nur mehr alle zwei Jahre zu veranstalten. Als nächstes wird dann wohl über Weihnachtsmarkt, Martinimarkt und Ostermarkt nachgedacht.

Auf der anderen Seite geben wir seitens der Stadtgemeinde jährlich mehrere zehntausend Euro für die bezahlte Beschäftigung und sonstige Unterstützungen der Asylwerber vor Ort aus.

Für die FPÖ-Laakirchen geht es hier sicherlich nicht um die notwendige Unterstützung wirklich schutzbedürftiger Personen! Diese ist natürlich un-



Philipp Scherer
Stadtrat

sere Pflicht. Aber in den letzten Jahren sind eben nicht, wie oft behauptet, nur gut ausgebildete Fachkräfte, sondern massenhaft Wirtschaftsflüchtlinge, religiöse Extremisten und potentielle Kriminelle oder Terroristen zu uns gekommen.

Und als Begleiterscheinung verschwindet dann bei uns eine Traditionsveranstaltung nach der anderen. Perchtenläufe waren zum Beispiel ganz stark betroffen, und das nicht nur in Laakirchen.

Steigende Arbeitslosigkeit durch Asyl und Zuwanderung

Asylkrise und EU-Ostöffnung haben eindeutig negative Auswirkungen auf den heimischen Arbeitsmarkt. Die EU-Kommission rechnet in ihrer Winterprognose für Österreich mit einem weiteren Anstieg der ohnehin schon hohen Arbeitslosigkeit. Für 2018 wird eine Arbeitslosenrate von 6,2 Prozent prognostiziert. Das wären deutlich mehr als eine halbe Million Menschen ohne Job. 2015 betrug die Arbeitslosenrate noch 5,7 Prozent.

Das Arbeitskräfteangebot sei durch die starke Zuwanderung aus anderen EU-Ländern und durch die steigende Zahl anerkannter Asylwerber merklich gestiegen, erklärt die EU-Kommission. Obwohl die Beschäftigung zunehme, könne die österreichische Wirtschaft das steigende Arbeitskräfteangebot

nicht völlig aufnehmen, weshalb die Arbeitslosenrate weiter steigen werde. Der Landesparteiobmann der FPÖ Oberösterreich, Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner, fordert angesichts der alarmierenden Prognose von Sozialminister Alois Stöger (SPÖ) wiederholt einen sektoralen Stopp des Zugangs zum Arbeitsmarkt für Nichtösterreicher. „Österreicher müssen am Arbeitsmarkt Vorrang haben“, so Haimbuchner. Außerdem will der FPÖ-Politiker Drittstaatsangehörige nach einer längeren Dauer der Arbeitslosigkeit ausweisen. „Wir fahren sonst ungebremst unser derzeit noch funktionierendes Sozialsystem an die Wand.“

Bedingt durch den vermehrten Zuzug steigt die Arbeitslosigkeit auch bei den Asylberechtigten. Im Jänner 2017

waren insgesamt 28.720 Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte beim AMS arbeitslos gemeldet oder in Schulung, um 7.145 oder 33,1 Prozent mehr als im Jänner des Vorjahres. In Oberösterreich waren Ende Jänner 2017 1.681 Asylberechtigte arbeitslos gemeldet, 1.036 Schutzberechtigte befanden sich in Schulung.



FPÖ-Laakirchen „zieht“ ins Parlament ein

Noch bevor die ersten Umbauarbeiten starteten, freute sich Ende 2016 die Stadtgruppe auf einen der letzten Besuche im Österreichischen Parlament. Neben der Teilnahme an einer Nationalratssitzung gab es auch eine sehr interessante Führung durch das Parlamentsgebäude. „Hier wurden uns Einblicke in die Geschichte und in das aktuelle Geschehen anschaulich verdeutlicht“, so Stadtrat Philipp Scherer. Im Anschluss fand ein Treffen mit Bundesparteiobmann HC Strache und einigen unserer Nationalratsabgeordneten statt. Es herrschte ein reger Gedankenaustausch und es gab zahlreiche Detailinformationen und Aufklärungen zu aktuellen Themen der Bundespolitik.



Freiheitliche Arbeitnehmer:

SPÖ-Kern übernimmt Freiheitliche Forderung zum Schutz des heimischen Arbeitsmarktes

Aber: SPÖ-Gewerkschafter sahen bis dato keine Notwendigkeit – Kern muss Worten rasch Taten folgen lassen

„Wir waren und sind schon immer für den Vorrang von Inländern am Arbeitsmarkt. Bis dato wurde dies jedoch vehement von den sozialdemokratischen Gewerkschaftern abgelehnt“, verweist der Landesobmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer Gerhard Knoll auf eine entsprechende Resolution in der Arbeiterkammer Oberösterreich.

Nachdem in der AK-Vollversammlung die SPÖ-Fraktion dagegen war, halten wir die jüngste Aussage von SP-Bundesvorsitzenden für ein unglaubliches Kopieren von FPÖ-Forderungen.

„Ganz klar erkennbar ist, dass die SPÖ bei dieser Thematik mit gespaltener Zunge spricht. Denn die FSG lehnt seit

Jahren sämtliche Bemühungen unserer Fraktion nach Schutz des heimischen Arbeitsmarktes und der österreichischen Arbeitnehmer entschieden ab. Da passt es nun so gar nicht ins Bild, dass nunmehr Kern den mangelnden Inländer-Vorrang beklagt. Er sollte dringend mit seinen eigenen Gewerkschaftern das aktive Gespräch suchen, immerhin haben sie genau das jahrzehntelang bekämpft und verhindert“, so Knoll.

Zahlreiche Menschen drängen auf der Basis der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit auf den heimischen Arbeitsmarkt. Wir haben bereits im Mai 2016 die Problematik erneut aufgezeigt und eine neue Schutzklausel für den heimischen Arbeitsmarkt gefordert - besonders für Bereiche mit hoher Arbeitslosigkeit wie

etwa im Bau- und Baunebengewerbe, aber auch in anderen Branchen. Die von uns geforderte temporäre und sektorale Beschränkung der europäischen Personenfreizügigkeit wurde von den anderen Fraktionen in der AK Oberösterreich abgelehnt. Es ist im Interesse der heimischen Arbeitnehmer zu hoffen, dass Bundeskanzler Kern der erkannten Notwendigkeit nach einem Vorzug von Inländern am Arbeitsmarkt rasch die notwendigen Taten folgen lässt.



**FREIHEITLICHE
ARBEITNEHMER
OBERÖSTERREICH**

Reinerlös des FPÖ-Glühweinstandl's für Lebenshilfe

Erstmalig veranstaltete die FPÖ-Stadtgruppe ein Glühweinstandl. Der Reinerlös wurde zugunsten der Lebenshilfe Steyrermühl gespendet. Dank zahlreicher Besucher und einer Aufrundung durch die Stadtgruppe konnten schlussendlich 500,- Euro übergeben werden. Die Spende wurde durch Vizebürgermeister DI (FH) Jens Baumgartner und Stadtrat Philipp Scherer sowie weiteren Fraktionsmitgliedern an die Lebenshilfe übergeben.



Regierung bei Bekämpfung von Sozialbetrug seit Jahren erfolglos

Hartes Vorgehen gegen Sozialbetrüger aus dem In- und Ausland, frei werdende Mittel sind in die Wertanpassung des Pflegegeldes zu investieren.

Sozialbetrug erreicht in unserem Land immer größere Dimensionen. Bereits im Jahr 2013 hat der Linzer Wirtschaftspräsident Dr. Friedrich Schneider in einer Studie im Auftrag der Wirtschaftskammer erläutert, dass dem österreichischen Staat im Jahr rund eine Milliarde Euro Schaden durch Betrug bei Sozialleistungen entstehen. Das Schadensvolumen ist in den letzten Jahren sogar noch deutlich angestiegen, im Vorjahr rund acht Prozent gegenüber dem Jahr 2015. „Der Regierung sind die Missstände bekannt, trotzdem ist sie bei der Bekämpfung von Sozialbetrug seit Jahren erfolglos“, kritisiert der Dritte Präsident des Nationalrates und FPÖ-Vizeparteiobmann Norbert Hofer.

Hartes Vorgehen gegen Sozialbetrüger aus dem In- und Ausland

Das beste Beispiel sei die Bundeshauptstadt Wien, denn hier ist die Kostenexplosion bei der Mindestsicherung besonders drastisch ersichtlich - samt gleichzeitigem Kontrollversagen der Behörden auch bei Miet- und Familienbeihilfen oder Geldleistungen an Asylberechtigte. Auch der Rechnungshof habe sich hier in einem

Bericht bereits zu Wort gemeldet und eine „unterlassene, unvollständige oder verspätete Durchführung von wiederkehrenden Überprüfungen“ kritisiert. „Dieser enorme Schaden für die Steuerzahler ist nicht länger hinnehmbar. Hofer fordert ein hartes Vorgehen gegen Sozialbetrüger aus dem In- und Ausland. Die frei werdenden Mittel sollten in die Wertanpassung des Pflegegeldes investiert werden.



Anstieg der Pflegebedürftigen signalisiert Handlungsbedarf

Bundesregierung muss demographischer Entwicklung Rechnung tragen und endlich Maßnahmen setzen, um Langzeitpflege sicherzustellen.

Wie auch die neueste Statistik des Sozialministeriums zeigt, steigt die Zahl der Pflegebedürftigen in Österreich weiterhin an. Dies stelle eine Herausforderung dar und bedeute eine Verantwortung den betroffenen Menschen gegenüber, so der freiherrliche Pflegesprecher und Dritte Präsident des Nationalrates, der betont, dass es Ziel des Sozialstaates sein müsse, ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Das vor mittlerweile 24 Jahren eingeführte Pflegegeld sei dazu gedacht, einen Großteil der durch die Pflege entstehenden Kosten abzudecken. Aber seit da-

mals gäbe es zahlreiche Verschlechterungen, vor allem 2011 und 2015 wurde der Zugang zu den Pflegestufen 1 und 2 erheblich erschwert.

Ausbildung von Pflegekräften in Österreich forcieren

„Jetzt ist es notwendig, die Pflege in Österreich auch über das Jahr 2021 hinaus abzusichern, für ausreichendes qualifiziertes Pflegepersonal zu sorgen und die finanzielle Absicherung der Pflegebedürftigen sicherzustellen“, betont Hofer, der die Bundesregierung eindringlich auffordert, „der demographischen Entwicklung Rechnung zu tragen, die Ausbildung von Pflegefachkräften in Österreich verstärkt zu forcieren und sich nicht auf Fachkräfte aus dem Ausland zu verlassen. Dazu braucht es ein

durchlässiges Ausbildungssystem, das sich den Bedürfnissen aller im Pflegesystem befindlichen Personen anpasst.“ In dem Zusammenhang setzt sich Hofer seit Jahren für die Einführung einer Pflegelehre ein, wie sie beispielsweise in der Schweiz aber auch in Vorarlberg erfolgreich umgesetzt wird.

„Der Anstieg der Pflegebedürftigen signalisiert Handlungsbedarf, daher muss die Bundesregierung endlich auch Maßnahmen setzen, um die Langzeitpflege in Österreich sicherzustellen“, bekräftigt Hofer, der abschließend auf eine automatische jährliche Valorisierung des Pflegegeldes drängt, das seit seiner Einführung bereits ein Drittel seines Wertes verloren hat.

MACH MIT!

Jetzt Mitglied der Stadtgruppe werden

- Sie interessieren sich für die Stadtpolitik?
- Sie wollen unsere freiheitlichen Ideen unterstützen und sich beteiligen?

Bei uns kann sich jeder nach seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten einbringen. Egal ob regelmäßig oder sporadisch, aktiv oder einfach nur um unserer Gemeinschaft anzugehören.

Für Fragen und Informationen stehen die FPÖ-Gemeinderäte gerne persönlich zu Verfügung.

Und so hinterlassen Sie uns Ihre Nachricht:
per Mail an: office@fpoe-laakirchen.at
oder telefonisch an das
FPÖ-Bezirksbüro: **0664/3683454**
oder über unsere Homepage (Formular ausfüllen):
www.fpoe-laakirchen.at



Herbert Bracher
Fraktionsobmann

SPÖ Vorwürfe an Haimbuchner sind haltlos

Aus den Auswertungen der Statistik Austria geht klar hervor, dass die Mieten weit unter dem Richtwert liegen.

Seit Haimbuchner das Wohnbauresort aus der SPÖ-Verantwortung übernommen hat, waren die ihm zur Verfügung stehenden Budgetmittel stetig rückläufig. Trotz weniger Mitteln kann er aber steigende Zahlen im Neubau vorweisen. Haimbuchner kommentiert die Kritik der SPÖ mit „Neid ist die höchste Form der Anerkennung“.

Sozial ist anders.

Wenn die SPÖ OÖ fordert, dass endlich die Mietobergrenze von 7 Euro auf mindestens 8 anzuheben wäre, um mehr Menschen in den

Genuss der Wohnbeihilfe kommen zu lassen, so ist das eine Forderung, die völlig am Problem vorbeigeht. Wird nämlich die Obergrenze angehoben, so weckt das nicht selten Begehrlichkeiten der Vermieter bei der Preisbildung und sie rechnen die Wohnbeihilfe ein. Eine reine Vermieterförderung, von der ein Mieter nichts hat, außer weniger Geld am Konto. Sozial ist anders.

Wenn die SPÖ sich darüber mokiert, dass Alimente in das Haushaltsein-

kommen eingerechnet wird, dann sollte sie einen Blick in andere Bundesländer werfen, wo Alimente zu 100% und nicht wie in OÖ bis maximal 164 Euro eingerechnet wird. Steirische Verhältnisse wollen wir nicht, dort hat die SPÖ-Landesrätin Kampus die Verantwortung und dort gibt es eine Wohnbeihilfe nur dann, wenn das Vermögen bis auf einen kleinen Restbetrag aufgebraucht ist. Soviel zu sozialen Einstellungen bei der SPÖ.



Wohnbau ist Wirtschaftsmotor

Auch im abgelaufenen Jahr 2016 konnte das Land Oberösterreich eine hohe Wohnbauleistung erzielen. „Die Leistungsbilanz ist im Neubau stabil, erneut wurden über 2.500 neue Wohneinheiten errichtet“, so Wohnbaureferent, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner. Das Geld im Wohnbau werde zielgerichtet eingesetzt, um den maximalen Nutzen für die Bürger zu erzielen. Unterstützt werden jene, die sich auf Grund der wirtschaftlichen Situation das Wohnen nicht so einfach leisten können.

Konkret wurden 2016 2.139 Miet- und 505 Eigentumswohnungen sowie 1.398 Eigenheime vom Land gefördert. Auch im Bereich der Sanierung gab es für 9.678 Wohnungen Fördermittel. Erneut gesunken ist jedoch die Zahl jener Häuslbauer, die eine Wohnbauförderung beantragt haben. „Dieser erneute Rückgang ist ein Schönheitsfehler. Denn die Häuslbauer ziehen das Risiko steigender Zinsen nicht

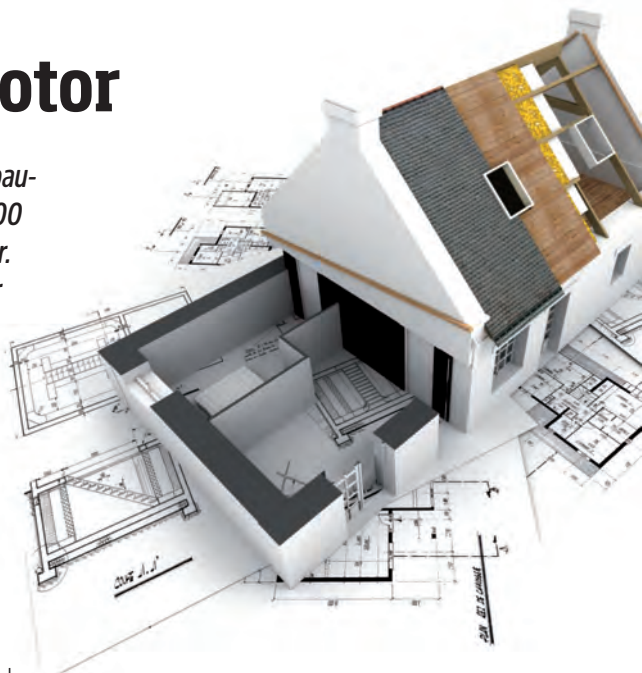


LH-Stv. Dr. Haimbuchner

genug in Betracht“, so Haimbuchner in seiner Bilanz.

„Die Wohnbauförderung des Landes Oberösterreich ist weiterhin ein Konjunkturmotor und sichert 29.000 Arbeitsplätze im Bundesland. Im Bereich der Neubauförderung sind es mit 361 Millionen an Darlehensvolumen immerhin rund

21.600 Arbeitsplätze und im Bereich der Sanierung kann die Wirtschaft rund 7.000 Arbeitsplätze schaffen“, ist Haimbuchner zufrieden, dass „nicht nur Wohnraum geschaffen wird, sondern die Wohnbauförderung auch ein stabiler und unverzichtbarer Wirtschaftsmotor ist.“



Wels: Blaue Handschrift wirkt

Seit November 2015 wird Wels, zweitgrößte Stadt in Oberösterreich, vom freiheitlichen Bürgermeister Dr. Andreas Rabl regiert. Der politische Wechsel ist sichtbar, die blaue Handschrift in der Messestadt wirkt. Bürgermeister Rabl ist es gelungen, zahlreiche Gestaltungs- und Reformschritte umzusetzen. „Die Pläne des Bundes, ein großes Asylwerberzentrum bzw. eine Erstaufnahmestelle in Wels konnten bis dato verhindert werden“, nennt der FP-Bürgermeister ein wesentliches Thema der Integrations- und Zuwanderungspolitik.

Um die Finanzen der Stadt zu entlasten, werden die Schulden kontinuierlich abgebaut, das Stadtbudget wird saniert. Allein im heurigen Jahr konnte ein Überschuss von 6 Mio. Euro erwirtschaftet werden. Auch die Sicherheitssituation ist dem Welser FP-Bürgermeister ein Anliegen: die Videoüberwachung wurde eingeführt. Vor allem positiv sind auch die Zahlen vom Arbeitsmarkt in Wels. Durch Bauprojekte von öffentlichen und privaten Investoren werden 4.000 Arbeitsplätze gesichert, investiert werden 450 Mio Euro. So werden von der Stadt z.B. die Rainerstraßen-Schule saniert, Kinderbetreuungsplätze geschaffen und Alten- und Pflegeheime

gebaut. Neben zahlreichen Wohnbauten investieren auch Betriebe in der Stadt. Ende Dezember setzte sich die positive Aufbruchstimmung am Welser Arbeitsmarkt fort. Zum vierten Mal in Folge sank die Zahl der Arbeitssuchenden. Vor allem unter den jungen Leuten in der Stadt sank die Zahl der Beschäftigungslosen.

Gemeinsam mit dem Wirtschaftsservice Wels konnten neue Arbeitsplätze auch in der Innenstadt durch die Eröffnung von knapp 100 Geschäftslokalen geschaffen werden. „Bis zum Jahr 2018 sollen beim Magistrat eine Abteilung und 14 Dienststellen eingespart werden“, setzt Rabl auch in der Verwaltung

notwendige Reformen um. „Einer der ersten Maßnahmen des letzten Jahres war es, die Dienstautos der Politiker von drei auf eines zu reduzieren und die Politikerchauffeure abzuschaffen. Das spart zusätzliche Steuergelder“, kündigt Rabl für das neue Jahr weitere Maßnahmen an.



Bürgermeister Dr. Andreas Rabl